

Der Vollzugsdienst

2/2016 – 63. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Warum muss es immer erst fünf nach zwölf sein bevor die Politik reagiert?

Innere Sicherheit nach Sparexzessen der Vergangenheit überfordert

Seite 1

Mecklenburg-Vorpommern: Ohne Dienstpostenbewertung keine Beförderungen!

Justizministerin Kuder stoppt Beförderungsverfahren

Seite 47

Gewerkschaftliche Herausforderungen der kommenden Monate diskutiert

Frühjahrssitzung des BSBD-NRW Hauptvorstandes

Seite 54

Die Unverzichtbaren – Berufung und Beruf

Bei der 16. JOBinale war Gelegenheit für die verschiedenen Berufsbilder in der Justiz zu werben



Bayern



Niedersachsen



Thüringen

Fachteil: Anerkennung europäischer Berufsqualifikationen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Warum muss es immer erst fünf nach zwölf sein, bevor die Politik reagiert?
- 2 Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung
- 3 Neues von der CESI – Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf den Strafvollzug in Deutschland

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 19 Bayern
- 21 Berlin
- 27 Brandenburg
- 30 Bremen
- 32 Hamburg
- 36 Hessen
- 45 Mecklenburg-Vorpommern
- 49 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 73 Saarland
- 77 Sachsen
- 83 Schleswig-Holstein
- 86 Thüringen

FACHTEIL

- 89 Verordnung über die Anerkennung europäischer Berufsqualifikationen als Laufbahnbefähigung (Laufbahnbefähigungsanerkennungsverordnung – LBAV)
- 92 Urteile



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Rabe	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 3/2016:



17. Mai 2016



Der Hauptvorstand analysierte die sich abzeichnenden Herausforderungen, die durch steigende Gefangenzahlen und eine Klientel verursacht werden, die überaus komplexe Anforderungen an eine verhaltensändernde Behandlung stellt.

Frühjahrssitzung des BSBD-Hauptvorstandes:

Gewerkschaftliche Herausforderungen der kommenden Monate diskutiert

Listen für die Wahlen zum Hauptpersonalrat am 9. Juni 2016 aufgestellt

Erwartbar kontrovers ging es auf der Frühjahrssitzung des Hauptvorstandes zu, als die Delegierten der BSBD-Ortsverbände die aktuellen Problemlagen des Strafvollzuges mit Vertretern des Ministeriums diskutierten. Staatssekretär Karl-Heinz Kreams und Abteilungsleiter Herbert Schenkelberg hatten es übernommen, auf die drängenden Fragen der vollzuglichen Praxis zu antworten. Daneben schärften die Delegierten die gewerkschaftlichen Positionen und richteten sie an den sich verändernden Rahmenbedingungen neu aus. Im Mittelpunkt der Arbeitstagung stand zudem die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zum Hauptpersonalrat Justizvollzug ebenso wie die Bestimmung der Delegierten für den BSBD-Gewerkschaftstag 2016 auf Bundesebene.



Überzeugende Problemlösungen verlangen konzentrierte Arbeit und Vorbereitung.

BSBD-Landeschef Peter Brock konfrontierte die Ministeriumsvertreter zunächst mit der überaus angespannten Belegungssituation.

Anhand der aktuellen Belegungszahlen legte er detailliert dar, dass in NRW bereits in Kürze zusätzliche Haftplatzkapazitäten benötigt würden. Es sei daher mehr als kontraproduktiv, vorschnell auf nutzbare Kontingente zu verzichten. „Die gegenwärtige Situation nimmt langsam beängstigende Formen an. In den Einrichtungen des geschlossenen Erwachsenenvollzuges – besonders aber in der Untersuchungshaft – kann das Prinzip der Einzelunterbringung schon lange nicht mehr eingehalten werden. Speziell die Differenzierung nach Gefährlichkeit und Behandlungsbedarf wirft zunehmend Probleme auf. Die größten Schwierigkeiten bereiteten allerdings die für die gemeinschaftliche Unterbringung vorgeschriebenen Verträglichkeitsprüfungen“, führte **Brock** unter dem Beifall der Gewerkschafter aus.

Knappe Haftplatzkontingente belasten die Arbeitsabläufe in den Anstalten

In der Diskussion wurde zudem darauf verwiesen, dass sich die Rahmenbedingungen des Vollzuges fast täglich verschlechterten. Während die Haftplatzkapazitäten ausgeschöpft seien, würden die vorgeschobenen Verträglichkeitsprüfungen immer problematischer. Wenn aus ethnischen Gründen, Persönlichkeits- und Verhaltensgründen gemeinsame Unterbringungen nicht realisiert werden könnten, müssen vielfach mehrere Prüfverfahren durchgeführt werden,

bevor einem Gefangenen ein Haftplatz zugewiesen werden könne. Wären ausreichende Kapazitäten verfügbar, wäre der diesbezügliche Aufwand wesentlich geringer, stellten die **BSBD-Delegierten** klar. Wenn sich die Lage weiter zuspitze, sei bei gleichbleibendem Belegungsanstieg mit unzumutbaren Belastungen zu rechnen. Das Ministerium sei daher gut beraten, die erst kürzlich geschlossenen Einrichtungen in Krefeld und Mönchengladbach in einem verwendungsfähigen Zustand zu halten, um im Bedarfsfall schnell reagieren zu können. Daneben sei die hohe Zahl an derzeit nicht belegbaren Haftplätzen ein Problem, das die überaus angespannte Situation zusätzlich verschärfe, betonten die Delegierten ihr Unverständnis über die abwartende Haltung des Ministeriums.

Ministerium hofft auf Rückgang der gegenwärtig hohen Belegung

Die offizielle Sichtweise des Ministeriums erläuterte Staatssekretär **Krems**. Er machte darauf aufmerksam, dass gegenwärtig viele Haftplätze wegen baulicher Mängel nicht belegt werden könnten. Diese Kapazitäten könnten die gegenwärtige Situation deutlich entspannen. Man sei daher mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW permanent im Gespräch, um möglichst schnell über die sanierten Kapazitäten verfügen zu können. In der Zwischenzeit helfe das



Staatssekretär **Karl-Heinz Krems** präsentierte den Delegierten die Auffassungen, Einschätzungen und Überzeugungen des Justizministeriums.

Haftplatzmanagementsystem, um die verfügbaren Kapazitäten optimal nutzen zu können. Staatssekretär **Karl-Heinz Krems** machte darauf aufmerksam, dass zudem die geschlossenen kleineren Einrichtungen in einem Zustand erhalten würden, um sie im Bedarfsfall kurzfri-

stig belegen zu können. Der Staatssekretär brachte zudem die Hoffnung zum Ausdruck, der derzeitige Belegungsanstieg sei ein alljährliches Phänomen in den ersten Monaten des Jahres, anschließend normalisiere sich die Entwicklung erfahrungsgemäß.

Dieser Einschätzung widersprachen die **BSBD-Delegierten**. Sie verwiesen darauf, dass der diesjährige Anstieg eine



Herbert Schenkelberg (li.), Abteilungsleiter Justizvollzug, und Staatssekretär Karl-Heinz Krems (Mi.) stellten sich der Diskussion mit den Delegierten der **BSBD-Ortsverbände**. Rechts im Bild: Landesvorsitzender **Peter Brock**.

andere Qualität aufweise, dass zudem viele Gefangene ausländischer Herkunft seien, bei denen ethnische und religiöse Unverträglichkeiten zu beachten seien. Dies mache die Arbeit gerade im Bereich der Untersuchungshaft so überaus problematisch. Sie gaben den Vertretern des Ministeriums mit auf den Weg, dass jetzt weitsichtig gehandelt werden müsse, damit dauerhaft ein gesetzeskonformer und behandlungsorientierter Vollzug gewährleistet werden könne. Von der Administration erwarte man insoweit Rückendeckung, damit die Probleme des Belegungsanstiegs nicht allein durch die Kolleginnen und Kollegen ausgebadet werden müssten.

Personelle Verstärkung des Strafvollzuges überfällig

Voller Sorge blickten die Delegierten zudem auf die Herausforderungen, die unausweichlich auf sie zukommen werden. Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise werfen da ebenso ihre Schatten voraus, wie die neueste Kriminalstatistik, die faktisch nach einer Verstärkung des Bereiches der inneren Sicherheit schreit. Speziell die hohe Zunahme der Wohnungseinbrüche ist geeignet, das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen nachdrücklich zu beeinträchtigen. Wenn nunmehr Polizei und Justiz personell

verstärkt werden, dann darf der Strafvollzug von diesen personellen Maßnahmen nicht ausgenommen bleiben. Nur gelingende Rehabilitation von Straftätern führt letztlich zu einer spürbaren Verbesserung der inneren Sicherheit. Die Delegierten fassten insoweit den Beschluss, die Politik nachdrücklich zu drängen, für Verbesserungen in diesem Bereich zu sorgen. Dies sei schon deshalb

so wichtig, weil die Kolleginnen und Kollegen wegen des hohen Überstundenberges bereits an der Belastungsgrenze arbeiteten. Mit Bayern weise NRW den geringsten Personaleinsatz im Strafvollzug auf. Hier müsse jetzt dringend nachgebessert werden.

Listen für die Wahlen zum Hauptpersonalrat Justizvollzug aufgestellt

Die Wahlen der Kandidatinnen und Kandidaten für die am 9. Juni 2016 stattfindenden Personalratswahlen wurden in großer Geschlossenheit durchgeführt. Ziel war es, qualifizierte, kompetente Gewerkschafter zu benennen, von denen eine optimale Vertretung der Interessen der Strafvollzugsbediensteten im Hauptpersonal erwartet werden kann.

Die **BSBD-Liste** der Beamten wird durch den **BSBD-Vorsitzenden Peter Brock** angeführt, während für die Liste der Arbeitnehmer die Tarifexpertin **Andrea Krehl** auf dem Spitzenplatz kandidiert. Die Delegierten der Ortsverbände verwandten viel Mühe darauf, die Interessen der **BSBD-Ortsverbände** angemessen bei der Aufstellung der Listen zu berücksichtigen. Trotz eines hohen Abstimmungsaufwandes vollzogen sich die Wahlverfahren überaus harmonisch und waren von dem Willen geprägt,



Die BSBD-Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zum Hauptpersonalrat Justizvollzug am 9. Juni 2016.

eine schlagkräftige Mannschaft nach Düsseldorf zu entsenden, um die spezifischen Interessen des Strafvollzuges und der Kolleginnen und Kollegen sachgerecht, fundiert und kompetent gegenüber der Ministerialbürokratie vertreten zu können. Das durch die Delegierten zusammengestellte Team stützt sich auf

erfahrene Gewerkschafter, trägt aber auch dem Gesichtspunkt Rechnung, Nachwuchskräfte an die Arbeit in der überörtlichen Personalvertretung heranzuführen. Insgesamt kann der **BSBD** nach der Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten den Kolleginnen und Kollegen eine schlagkräftige Truppe für Düs-

seldorf präsentieren, die Vertrauen und Unterstützung verdient.

Zum Abschluss der Frühjahrssitzung bestimmte der **BSBD**-Hauptvorstand die Delegierten für den Bundesgewerkschaftstag des **BSBD**, der im Herbst dieses Jahres in Rostock durchgeführt werden wird. *Friedhelm Sanker*

Nachtragshaushalt 2016:

Landesregierung handelt, springt aber erheblich zu kurz!

Auf eine Wiederholung destabilisierender Entwicklungen sollte verzichtet werden

Aus der immer noch krisenhaften Situation, die durch den massenhaften Zustrom von Migranten, reisende Straftäter, aber auch durch die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) geprägt wird, hat sich eine unverkennbare Protesthaltung in der Gesellschaft entwickelt. Denn jetzt wird langsam erkennbar, dass wirtschaftliche Belastungen bislang ungekannten Ausmaßes auf uns zukommen werden. Selbst in einer so reichen Volkswirtschaft wie der unsrigen wird sich die Verschärfung der Verteilungskämpfe kaum vermeiden lassen. Deshalb ist es überaus begrüßenswert, wenn es die Landesregierung jetzt mit ihrem Nachtragshaushalt unternimmt, auf diese Entwicklung mit der Stärkung des Bereichs der Inneren Sicherheit zu reagieren. Leider springt Rot-Grün bei diesem ersten Versuch erheblich zu kurz.

Die massenhaften Übergriffe an Silvester in Köln und wohl auch der exorbitante Anstieg der Einbruchdiebstähle in Nordrhein-Westfalen haben ein Handeln der Regierung faktisch erzwungen. Allein diese unerfreulichen Entwicklungen sind geeignet, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu beschädigen. Seit Anfang des Jahres hat ein beispielloser Run auf den Erwerb von Schreckschusspistolen und Pfeffersprays eingesetzt. Die Menschen fühlen sich offensichtlich im öffentlichen Raum nicht mehr sicher.

Dass sich die Duisburger Polizeipräsidentin nunmehr darangemacht hat, No-Go-Stadtteile zu verhindern, trägt auch

nicht zur Beruhigung der Lage bei, ist in diesem Bemühen doch das unausgesprochene Eingeständnis enthalten, dass das Gewaltmonopol des Staates in einigen Bereichen unserer Städte zunächst zurückgewonnen werden muss.

Mehr Personal für Polizei und Justiz

Es war deshalb ein begrüßenswerter Schritt der Landesregierung, im Bereich der Inneren Sicherheit personell aufzurüsten. Mit dem Nachtragshaushalt hat man sich leider nur auf Polizei und Justiz beschränkt. Für den Bereich des Strafvollzuges, der immerhin die Hauptlast notwendiger Verhaltensänderung bei ver-

urteilten Straftätern wird tragen müssen, sieht der Nachtragshaushalt keine Verbesserungen vor. Dies ist nicht nur bedauerlich, sondern eine völlig unverständliche Prioritätensetzung. Nordrhein-Westfalen weist bereits jetzt im Vergleich zu den anderen Bundesländern eine der schlechtesten Personalausstattungen im Strafvollzug auf. Es wird leider wieder einmal an der falschen Stelle gespart.

Es hätte vielmehr nahegelegen, den personellen Fehlbestand, den der **BSBD** derzeit immerhin auf 1.000 Personalstellen beziffert, sukzessive abzubauen. Stattdessen nimmt die rot-grüne Landesregierung die sich abzeichnenden Belastungen des Vollzuges augenscheinlich billigend

in Kauf. Dies kann keinesfalls akzeptiert werden. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten jetzt bereits an der maximalen Belastungsgrenze.

Die Vollzugseinrichtungen haben sich nach der Weihnachtsamnestie in den ersten Monaten des Jahres schneller als erwartet gefüllt. Der von Ministeriumsvertretern öffentlich vermutete Frühjahrsrückgang der Gefangenzahlen lässt auf sich warten. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass die in den vergangenen Jahren zu beobachtende Belegungsdelle in diesem Jahr ausbleiben wird.

Staatliches Gewaltmonopol muss auch durchgesetzt werden

Ein geordnetes gesellschaftliches Zusammenleben ist nur dann möglich, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Rechtsordnung und das Gewaltmonopol des Staates anerkennen und respektieren. Fühlen sich die Bürger durch den Staat jedoch nicht mehr ausreichend geschützt, weil er Straftaten nur noch unzureichend verhindert, dann schwindet das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum. Verbreitet sich dieses Gefühl, radikalisieren sich nicht nur politische Einstellungen und Ansichten, dann rüsten viele Bürgerinnen und Bürger auf. Eine solche Entwicklung birgt die Gefahr, dass jeder Konflikt und jede Auseinandersetzung eskaliert und die Gesellschaft insgesamt gewaltbereiter wird.

Der Staat ist daher gut beraten, auf absehbare Gefahren zeitnah zu reagieren, um einer solchen Entwicklung vorzubeugen und das Vertrauen in die staatliche Ordnung zu stärken. Erforderlich sind dabei aber nicht nur polizeiliche Ermittlungsarbeit und die strafrechtliche Sanktionierung von regelwidrigem Verhalten, das wesentlichste Element sollte vielmehr ein auf Verhaltensänderung angelegter Strafvollzug sein.

Gerade zugezogene Kleinkriminelle aus nordafrikanischen Ländern, die zudem auch vor sexuellen Übergriffen im öffentlichen Raum nicht zurückschrecken, betrachten den Umgang des deutschen Staates mit seinen Bürgern eher als Ausdruck einer verweichlichten westlichen Liberalität, die man für unlautere Absichten nutzen kann, von der man sich aber nicht abschrecken oder beeindrucken lässt. Besonders ausgeprägt sind



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist gut beraten, den Nachtragshaushalt zu Gunsten des Vollzuges nachzubessern.

Foto: O. Tjaden/Land NRW

solche Einstellungen bei Menschen, die in ihren Herkunftsländern bereits Erfahrungen mit einem rigoroseren Agieren der staatlichen Sicherheitsorgane sammeln konnten oder mussten.

Tätergruppen aus fremden Kulturkreisen erfordern eine effektive Behandlung

Gerade diese Tätergruppe zu Verhaltensänderungen zu bewegen, stellt eine große Herausforderung dar. Sind Straftaten begangen worden, die zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung führen, ist der

Strafvollzug der richtige Ort, um zielgerichtete Behandlung zu realisieren, die sich als konsequent erweist und die den unbedingten Respekt vor der hier geltenden Rechtsordnung vermittelt. Ein solches Ziel wird sich aber nur erreichen lassen, wenn ein für diese Tätergruppen entwickeltes Behandlungskonzept strikt umgesetzt wird. Erfahrungen mit einer vergleichbaren Tätergruppe hat der Strafvollzug Ende der 1990er Jahre machen müssen. Damals stellten „Russlanddeutsche“ das System vor gewaltige Herausforderungen. Der Strafvollzug tat sich lange Zeit sehr schwer, bis man einen effektiven Behandlungsansatz gefunden hatte. Bis dahin brachte diese Tätergruppe so manche nordrhein-westfälische Vollzugseinrichtung an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit.

Die Kolleginnen und Kollegen fühlten sich mit einem gesellschaftlichen Problem allein gelassen.

Landesregierung muss Vollzug personell besser ausstatten

Auf eine Wiederholung solch destabilisierender Entwicklungen sollten wir aus guten Gründen verzichten. Wegen der mit einer vergleichbaren Klientel gewonnenen Erfahrungen ist es unverständlich, dass die Landesregierung die dringend notwendige personelle Vorbereitung des Vollzuges auf diese Herausforderungen unterlässt.

Dies ist aus Sicht des **BSBD** ein schwerer politischer Fehler. Er nimmt die Destabilisierung des Rechtssystems ebenso in Kauf, wie den Verzicht auf eine wirksame Einwirkung auf diese Tätergruppe während der Strafverbüßung. Die Landesregierung ist aufgefordert, jetzt das erforderliche Geld in die Hand zu nehmen, um den Strafvollzug in die Lage zu versetzen, die effektive Behandlung dieser Tätergruppe tatsächlich bewirken zu können.

Den Strafvollzug einfach mit dieser Klientel zu konfrontieren und zu belasten, ohne dass ein Behandlungskonzept vorhanden ist und ohne das erforderliche Personal bereitzustellen, würde bedeuten, der Inneren Sicherheit in unserem Land erheblichen Schaden zuzufügen. Insoweit sieht der **BSBD** auch den Justizminister in der Pflicht, im Kabinett für den Strafvollzug vernünftige Rahmenbedingungen durchzusetzen. Sich abermals durch den Finanzminister „über den Tisch ziehen zu lassen“, sollte im Interesse der Sache und eines wirksamen Vollzuges keine Option sein.

Friedhelm Sanker



Die Strafvollzugsbediensteten arbeiten gegenwärtig an der Belastungsgrenze und bedürfen der Unterstützung, um die sich abzeichnenden Herausforderungen bewältigen zu können.

Dienstrechtreform:

Nach zehnjährigen Beratungen minimales Ergebnis

BSBD fordert Nachbesserungen

Mit der Änderung des Grundgesetzes ist die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Besoldung und Versorgung von Beamtinnen und -beamten der Länder und der Kommunen sowie der Richterinnen und Richter bereits 2006 auf die Bundesländer übertragen worden. Nach einem Jahrzehnt des strukturellen Stillstandes macht das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz von dieser Kompetenz Gebrauch, um ein einheitliches Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht zu schaffen. In der gemeinsamen Sitzung des Innenausschusses und des Ausschusses Frauen, Gleichstellung und Emanzipation sowie des Unterausschusses Personal waren insgesamt 39 Sachverständige zur Stellungnahme aufgerufen. Seitens des BSBD hatte es sich der Landesvorsitzende Peter Brock nicht nehmen lassen, die spezifischen Forderungen des Vollzuges zu formulieren und vorzutragen.

Seitens des BSBD wurde kritisiert, dass das im Entwurf vorliegende Dienstrechtsmodernisierungsgesetz die Hoffnungen und Erwartungen der Betroffenen nur in sehr begrenztem Umfang und allenfalls punktuell erfülle. Für ein Gesetzesvorhaben, an dem zehn Jahre gearbeitet worden sei und das sich zum Ziel gesetzt habe, das Dienstrecht zukunftsfähig zu machen, sei das Ergebnis ernüchternd. Die durch die Landesregierung ausgegebene Forderung der Kostenneutralität hat jeden ehrgeizigen Reformwillen bereits im Keim erstickt. Wahrscheinlich müsse der öffentliche Dienst bereits froh sein, dass mit dem Gesetz keine neuerlichen Sparvorhaben der Landesregierung realisiert würden.

BSBD-Chef **Peter Brock** mahnte trotzdem die Rücknahme der Kürzungen des „Weihnachtsgeldes“ an, bevor es in die monatlichen Bezüge integriert werden könne. „Dies ist eine Frage der Fairness, nachdem der öffentliche Dienst viel stärker als andere Bevölkerungsgruppen zur Sanierung des Landeshaushaltes herangezogen worden ist“, stellte der Gewerkschafter klar. Auch stehe die Ministerpräsidentin den Kolleginnen und Kollegen im Wort, die zugesagt habe, die Wiederanhebung des „Weihnachtsgeldes“ im Zuge der Reform des öffentlichen Dienstrechts aufgreifen zu wollen. In dem vorgelegten Gesetzentwurf ist von diesen Prüfungszusagen leider nichts mehr zu finden.

„Gitterzulage“ soll wieder ruhegehaltstauglich werden

Peter Brock begrüßte die Wiedereinführung der Ruhegehaltstauglichkeit der sogenannten Gitterzulage, forderte aber gleichzeitig zu deren Anhebung auf das Niveau der Polizeizulage auf. „Dies wäre ein wichtiges Signal der Wertschätzung. In Nordrhein-Westfalen wird im Bereich des Justizvollzuges erheblich weniger Personal als in anderen Flächenländern der Bundesrepublik eingesetzt. Zudem bewegt sich das Land bei der Besoldung allenfalls im Mittelfeld aller Bundesländer. Angesichts der hohen Belastung der



Peter Brock vertritt den BSBD bei der Sachverständigenanhörung im nordrhein-westfälischen Landtag und fordert Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen.

Strafvollzugsbediensteten in NRW“, so der BSBD-Chef, „wäre die Erhöhung der Zulage ein wichtiges Zeichen der Anerkennung und ein überfälliger Schritt für einen angemessenen Lastenausgleich.“

Ausgleichszulage anheben – Anspruch auf unentgeltliche Dienstkleidung realisieren

Für den BSBD forderte **Peter Brock**, die Ausgleichszulage bei besonderen Altersgrenzen an die tatsächlichen Verhältnisse anzupassen. Als die besondere Altersgren-



Der Vollzug ist im Hinblick auf ein zukunftsfähiges Dienstrecht zehn Jahre lang vertröstet worden. Das jetzt vorgelegte Gesetzespaket vermag den eingetretenen Reformstau nicht aufzulösen.

Symbolfoto

ze vor Jahren vom 60. auf das 62. Lebensjahr erhöht worden sei, sei unverzüglich die Zulage entsprechend abgeschmolzen worden. Jetzt, wo die Regelaltersgrenze bis zum Jahr 2029 auf das 67. Lebensjahr angehoben werde, ließen die entsprechenden Anpassungen leider auf sich warten. Zudem sei es an der Zeit, den Kaufkraftverlust der zurückliegenden Jahre auszugleichen und die Zulage auf 6.000,00 Euro aufzustocken.

Wenn sich Einsparmöglichkeiten ergeben, dann scheint das Land ein hohes Tempo anzuschlagen. Ergibt sich hingegen ein Anpassungsbedarf für die Kolleginnen und Kollegen, dann kann es schon einmal dauern.

Im Rahmen der Anhörung forderte der BSBD-Vorsitzende für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und Werkdienstes die Schaffung eines gesetzlichen Anspruches auf unentgeltliche Ausstattung mit Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art des Dienstes erfordere. Eine solche Regelung sei zur Gleichstellung der Vollzugsdienste mehr als überfällig.

Meisterzulage deutlich erhöhen

Um die besondere Qualifikation, die der Werkdienst mit der vorgeschriebenen Meisterprüfung in den Vollzug einbringt, angemessen zu honorieren und die damit verbundenen Kosten annähernd auszugleichen, hat der BSBD-Vorsitzende nachdrücklich dazu aufgefordert, die sogenannte Meisterzulage von derzeit 39,79 Euro auf 150,00 Euro monatlich anzuheben.

Der Vollzug sei auf motivierte Berufsausbilder und Betriebsleiter angewiesen, weil gerade von der beruflichen Rehabilitation und Qualifizierung von Inhaftierten ganz wesentlich das Gelingen der Wiedereingliederungsbemühungen des Vollzuges abhängt. Diese spezifischen Leistungen, die unter schwierigsten Bedingungen zu erbringen seien, müssten finanziell anerkannt und honoriert werden, forderte **Peter Brock** zur Nachbesserung des vorliegenden Gesetzentwurfes auf.

Ortsverband Bochum:

Markus Dahlbeck zum neuen Vorsitzenden gewählt

Dank an Rainer Fregonese für langjährigen Einsatz für die Interessen des Strafvollzuges



Die Jahreshauptversammlung bewältigte eine umfangreiche Tagesordnung.

Dort, wo an Spieltagen des VfL Bochum die blau-weißen Herzen höher schlagen, fanden sich Anfang März insgesamt 45 stimmberechtigte Kolleginnen und Kollegen ein, um einen neuen Vorstand für den Bochumer Ortsverband zu wählen. Das „Haus Frein“ ist ein Lokal, das sich traditionell mit dem Fußball, aber auch mit dem benachbarten Strafvollzug eng verbunden weiß. Als Gäste konnten die Bochumer Kollegen den BSBD-Landesvorsitzenden Peter Brock sowie den neuen BSBD-Bezirkssprecher Bernd Schreiber begrüßen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Vorstandswahlen und die Vorbereitung der am 9. Juni 2016 stattfindenden Personalratswahlen.

Da der langjährige OV-Vorsitzende **Rainer Fregonese** kurzfristig erkrankt war, übernahm **Wolfgang Passmann** die Versammlungsleitung. Er begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Gäste des Ortsverbandes. Bevor man sich den profaneren Dingen zuwandte, stand zunächst die Ehrung langjähriger Mitglieder auf der Tagesordnung. **Wolfgang Passmann** machte klar, dass eine auf Solidarität gründende Interessenvertretung unverzichtbar sei, wenn man mit hinreichender Aussicht auf Erfolg seine berechtigten Forderungen realisieren wolle.

Der **BSBD** sei ein gutes Beispiel dafür, dass Berufsgruppenminderheiten, wie sie im Strafvollzug anzutreffen sind, nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie ihre Interessen eigenständig gegenüber den politischen Verantwortungsträgern vertreten können.

Strukturell sei vieles erreicht worden, obwohl der nach der Föderalismusreform eingetretene Stillstand jetzt dringend aufgebrochen werden müsse. Grundvoraussetzung sei jedoch, dass der Vollzug seine Interessen geschlossen vertrete. Die Jubilare, so **Passmann**, seien ein gutes Beispiel dafür, wie man in dieser Hinsicht durch Kontinuität und Beharrlichkeit Erfolg generieren könne. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden **Peter**

Brock überreichte **Wolfgang Passmann** **Gerhard Voß** (50 Jahre), **Hans-Jürgen Schünemann** und **Jürgen Simon** (jeweils 40 Jahre) Ehrennadel und Urkunde des Landesverbandes. Anschließend konnte der Landesvorsitzende **Wolfgang Passmann** für dessen 25-jährige Mitgliedschaft im **BSBD** auszeichnen.

Fachschaffvertreter

Gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst:
Sozialdienst:
Pädagogischer Dienst:
Werkdienst:
Mittlerer Verwaltungsdienst:
Frauenvertretung:
Jugendvertretung:

Anika Schwefel
Eva Lehmann
Ulrich Klostermann
Reimund Panitz
Stephan Wirtz
Heike Ziaja
David Finke

Pensionäre in die Arbeit des Ortsverbandes einbinden

Der langjährige Pensionärsvertreter **Klaus Stephan**, der kürzlich seinen 80. Geburtstag feiern konnte, verzichtete auf eine erneute Wiederwahl. Der neue Vorstand wird mit Hochdruck daran arbeiten, eine sachgerechte Lösung für die Betreuung der Gruppe der Pensionäre zu entwickeln. Angestrebt wird eine Intensivierung gerade in diesem Bereich, um die Pensionäre sachgerecht in die Arbeit

Petra Sonnenschein, Rüdiger Frank, Detlef Jurecki und **Henning Frein** (jeweils 25 Jahre) sowie **Reinhard Fritz** (40 Jahre) konnten leider nicht an der Veranstaltung teilnehmen.

Neuwahl des Ortsverbandsvorstandes

Nachdem der bisherige Vorsitzende des Ortsverbandes, **Rainer Fregonese**, der über dreißig Jahre die Geschicke der Bochumer **BSBD**-Untergliederung maßgeblich beeinflusst und mitbestimmt hat, nicht für eine erneute Kandidatur zur Verfügung stand, sprachen sich die Versammlungsteilnehmer mit überwältigender Mehrheit für **Markus Dahlbeck** als neuen Vorsitzenden aus. Nach dem Votum der Versammlung wurden **Wolfgang Passmann** und **Johanna Schmidt** mit der Stellvertretung der Vorsitzenden betraut.

Die 1. Stellvertretung wird von **Wolfgang Passmann** und die 2. Stellvertretung von **Johanna Schmidt** übernommen. Zur neuen KassiererIn des Bochumer Ortsverbandes wurde **Jessica auf der Heiden** gewählt, während **Eva Lehmann** als Schriftführerin in ihrem bisherigen Amt bestätigt wurde. Komplettiert wird der neugewählte Vorstand durch **Manfred Oeynhaus** (2. Kassierer), **Ralf Keil** (3. Kassierer) und **Geneviève Beyer** (2. Schriftführerin). **Christian Herte** und **Andreas Lorenscheit** wurden durch die Versammlung mit der Kassenprüfung beauftragt.

des Ortsverbandes einzubinden. **Markus Dahlbeck** bedanke sich bei **Rainer Fregonese**, dessen langjährigen Einsatz für die Interessen des Strafvollzuges und der Kolleginnen und Kollegen er besonders würdigte: „Du hast viel Energie und Leidenschaft in die Gewerkschaftsarbeit eingebracht und den Ortsverband Bochum landesweit zu einer der größten Untergliederungen des **BSBD** entwickelt. Dafür gebührt dir Dank und Anerkennung.“ In den Dank schloss **Dahlbeck**



Markus Dahlbeck (li.) und Peter Brock (re.) gratulierten den Jubilaren (von links) Wolfgang Passmann, Jürgen Simon, Gerhard Voß und Hans-Jürgen Schünemann.

den scheidenden Kassierer des Ortsverbandes, **Ralf Keil**, mit ein. **Keil** hatte die Kasse des Ortsverbandes mit großer Akribie und hohem Sachverstand 10 Jahre in vorbildlicher Weise geführt. Für den neuen Vorstand erklärte **Dahlbeck**, dass er darauf hoffe, dass die ausscheidenden Mandatsträger den neu zusammengesetzten Vorstand mit ihrem reichen Er-

fahrungsschatz unterstützen werden. Der Vorstand des Ortsverbandes hatte im Vorfeld der Versammlung eine Kandidatenliste für die bevorstehende Personalratswahl erarbeitet, um alle Berufsgruppen angemessen zu beteiligen.

Dieser Vorschlag wurde eingehend diskutiert und anschließend mit großer Mehrheit angenommen. Der Ortsver-

band kann den Kolleginnen und Kollegen mit den aufgestellten Listen einen überzeugenden Personalvorschlag für die Personalratswahl 2016 unterbreiten.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete der Bericht des Landesvorsitzenden **Peter Brock**, der über die aktuellen gewerkschaftlichen Initiativen referierte.

Die spezifischen Herausforderungen, mit denen sich der Strafvollzug derzeit konfrontiert sieht, wurden durch die Versammlung angeregt diskutiert. Der Gewerkschaftschef konnte sich dabei davon überzeugen, dass auch in Bochum Probleme mit der Belegung nichts Unbekanntes sind. Die Einrichtung arbeitet derzeit erkennbar am Limit und wird künftig – wie so viele andere Einrichtungen – auf Entlastungen angewiesen sein.

Neben der Sacharbeit und den zahlreichen Abstimmungen kam auch der kollegiale Austausch nicht zu kurz! Ob aktives Mitglied oder Pensionär, ob uniformiert oder in Zivil, ob routiniert oder unerfahren, gemeinsame Ziele und Einstellungen verbinden, schaffen Zusammenhalt und damit die Basis für gelebte Solidarität.

Sonderrechte im Straßenverkehr für Gefangenentransporte kommen

Gewerkschaftliche Initiativen zeigen augenscheinlich Wirkung

Der BSBD hat sich in den letzten Monaten nachdrücklich für verbesserte Sicherheitsausstattungen von Fahrern und Transportbegleitern, für besonders gesicherte Transportfahrzeuge und für Sonderrechte im Straßenverkehr ausgesprochen und eingesetzt.

Jetzt zeigen diese gewerkschaftlichen Initiativen augenscheinlich Wirkung. Das Justizministerium hat sich zwischenzeitlich mit dem Verkehrsministerium wegen der Sonderrechte ins Benehmen gesetzt. Man ist zu dem Ergebnis gelangt, dass für die besonders gesicherten Transportfahrzeuge Sonderrechte im Straßenverkehr zuerkannt werden sollen. Die Einzelheiten wird das Justizministerium dem Vernehmen nach im Erlasswege bekanntgeben.

In Bundesländern, in denen die Polizei für Gefangenentransporte zuständig ist, stehen diese Sonderrechte selbstverständlich zur Verfügung. In Nordrhein-Westfalen, wo der Vollzug die Transporte selbst durchführt, war dies allerdings nicht der Fall.

Dies führte in Einzelfällen zu sehr skurrilen Verhältnissen. Gefangene, von denen man eine nicht unerhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit befürchtete, wurden in normalen Gefangenentrans-

portwagen befördert, während hoch gesicherte Polizeifahrzeuge solche Transporte begleiteten.

Jetzt soll der Vollzug für solche Spezialtransporte mit zunächst zwei besonders gesicherten Fahrzeugen ausgestattet werden. Wegen des spezifischen Fahrverhaltens dieser Fahrzeuge ist eine intensive Ausbildung und Schulung erforderlich, die die Möglichkeiten und Grenzen der Sonderrechte im Straßenverkehr einschließt. Aus dem Ministerium verlautete zudem, dass der Umfang des Einsatzes

von solchen Spezialfahrzeugen in Zukunft ausgeweitet werden könnte.

BSBD-Chef Peter Brock begrüßte diese Entwicklung und stellte fest, dass NRW nunmehr zu jenen Ländern aufschließe, die Gefangenentransporte bislang durch ihre Polizeien durchführen ließen. Mit der Realisierung der **BSBD**-Forderung zur Erhöhung des passiven Schutzes der Kolleginnen und Kollegen des Fahrdienstes, so **Brock**, trete eine wesentliche Verbesserung ein, die im Interesse der Betroffenen aber auch zwingend geboten sei.



Sonderrechte im Straßenverkehr bald auch für Gefangenentransporte mit Gefährdungspotenzial für öffentliche Sicherheit.

Tarifrunde Bund und Kommunen:

Gewerkschaften fordern gerechten Anteil am gesellschaftlichen Erfolg

Arbeitgeber schlagen hinhaltende Verhandlungsstrategie ein

Die nächste Tarifrunde im öffentlichen Dienst ist angelaufen. Erstmals findet sie im Angesicht der Flüchtlings- und Migrantenkrise statt. Hier von wollen sich die Gewerkschaften aber nicht beeindruckt lassen. In Berlin erläuterten Willi Russ vom DBB und Frank Bsirske von Ver.di ihre Forderung nach einer 6-prozentigen Gehaltsanpassung für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen. Willi Russ ließ keinen Zweifel aufkommen, dass die Gewerkschaften entschlossen sind, deutlich höhere Einkommen für die Beschäftigten durchzusetzen.

„Speziell die Flüchtlingssituation hat allen vor Augen geführt, dass ein motivierter, funktionsfähiger und personell angemessen ausgestatteter öffentlicher Dienst das Rückgrat des Staates bildet, um seine Aufgaben angemessen und effizient wahrnehmen zu können“, erläuterte **Willi Russ**. Um den aktuellen Personalbedarf zu decken, forderte der Gewerkschafter eine Übernahmegarantie für alle Auszubildenden und die Entfristung von befristeten Arbeitsverhältnissen. Anders sei der aktuelle Personalbedarf schon bald nicht mehr zu decken. In diesem Fall drohten weitere Leistungseinschränkungen. „Wir brauchen aber mehr Staat, nicht weniger“, stellte **Willi Russ** unmissverständlich klar.

Die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften:

- Lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent;
- Erhöhung der Auszubildendenentgelte um 100 Euro monatlich;
- Angleichung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage und unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden;
- Tariflicher Ausschluss sachgrundloser Befristungen;
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.
- Die Laufzeit des Tarifvertrags soll 12 Monate betragen.

In Düsseldorf begrüßte **BSBD**-Chef **Peter Brock** die Forderungen der Gewerkschaften und erklärte, es sei unanständig von den öffentlichen Arbeitgebern, die Flüchtlingsproblematik im Rahmen der Tarifverhandlungen zu instrumentalisieren. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nichts mit der Bezahlung des öffentlichen Dienstes zu tun habe. „Die Kassen der öffentlichen Haushalte sind gut gefüllt, da erwarten wir einen gerechten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft“, stellte der **BSBD**-Chef klar. Auch wenn die Verhandlungen für die Bundesländer erst im kommenden Jahr auf der Agenda stehen, so misst

Brock den jetzt anstehenden Verhandlungen für Bund und Kommunen doch vorentscheidende, präjudizierende Bedeutung bei.

Die Reaktionen auf die Gewerkschaftsforderungen

Wenn es um Dienstleistungen und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger geht, dann wird der öffentliche Dienst getätschelt. Nur soll er diese Dienstleistungen möglichst kostengünstig erbrin-

Arbeitgeberseite machte es sich sehr einfach und schlussfolgerte, bei den hohen Belastungen der öffentlichen Haushalte sei für eine hohe Forderung der Gewerkschaften einfach kein Raum, zumal die Kosten der Zuwanderung zu stemmen seien.

Diese Haltung hatte sich bereits in den letzten Monaten abgezeichnet und war deshalb zu erwarten. So langsam dämmert es den Herrschaften in Politik und Medien, dass der sehr schnelle Zuzug von Flüchtlingen und Migranten ein schönes Sümmchen kosten wird. Ernstzunehmende Wissenschaftler beziffern die Kosten für die Versorgung bereits derzeit auf 20 Mrd. Euro jährlich. Und in dieser Summe sind die Kosten der Integration noch nicht einmal enthalten.

Jetzt rächt sich, dass Deutschland über kein Zuwanderungsgesetz verfügt, mit

dem bestimmte Forderungen an die Menschen formuliert werden könnten, die zu uns kommen. Wir wählen den mit Abstand teuersten Weg, indem wir alles mit dem Asylrecht regeln wollen, das mittlerweile erkennbar an seine Grenzen gestoßen ist.

Jetzt aber den öffentlichen Dienst für diese Versäumnisse der Politik in Haftung nehmen zu wollen, ist nicht nur falsch, sondern auch unzulässig und schäbig. Die Flüchtlingskrise ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gesamtgesellschaftlich finanziert werden muss. Und

bei dieser Finanzierung muss es auch noch gerecht zugehen. Deshalb ist die Bundesregierung gefordert, die Einnahmenseite deutlich zu erhöhen, indem sie die bislang so überaus bevorzugt behandelten Reichen im Land endlich entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kasse bittet.

Wenn die Regierung die Reichen im Land abermals zu schonen versucht, werden sich die Verteilungskämpfe im unteren Viertel der Gesellschaft dramatisch zuspitzen, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Gesellschaft nachhaltig gefährden könnte. Die Regierung hat wegen der guten Situation der öffentlichen Haushalte noch ein bis zwei Jahre Zeit, die erforderlichen Gesetze auf den Weg zu bringen.

Es ist, dies muss auch den öffentlichen Arbeitgebern bewusst sein, sehr schlech-



Die Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen gestalten sich schwierig. Foto: Jan Becke/Fotolia.de

gen und mit seinen Forderungen nach Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft maßvoll sein. Schließlich habe der öffentliche Dienst kein großes Arbeitsplatzrisiko. Alles beim Alten könnte man meinen, würde da nicht noch ein weiteres Argument in die Diskussion eingebracht. Die meisten Kommentatoren sind sich einig: Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingskrise soll der öffentliche Dienst den Gürtel gefälligst enger schnallen.

Kaum lagen die Forderungen der Gewerkschaften nach einem Gehaltsplus von sechs Prozent auf dem Tisch, da hagelte es auch schon Kritik. Die Medien sahen die Forderung als maßlos überzogen an, weil jetzt nicht teureres, sondern mehr Personal benötigt werde, um die administrativen Herausforderungen der Flüchtlingskrise meistern zu können. Die



Der DBB fordert ein kräftiges Einkommensplus bei den diesjährigen Tarifverhandlungen.

Foto: Xaver Klausner/Fotolia.de

ter Stil, immer nur an den Zugriff auf eine gesellschaftliche Gruppe zu denken, wenn sich ein Finanzierungsrisiko auftut. **BSBD**-Chef **Peter Brock** stellte hierzu klar: „Wenn die Politik jetzt die richtigen Weichenstellungen vornimmt, dann dürfen die Kosten für die geforderte Verbesserung der Löhne und Gehälter bei Bund und Kommunen kein Problem sein. Und diese richtige Weichenstellung, die die Lasten gerecht verteilt, dürfen die Kolleginnen und Kollegen von der Politik auch zumindest erwarten!“

Arbeitgeber legen völlig unzureichendes Angebot auf den Verhandlungstisch

In der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen am 12. April 2016 in Potsdam haben die öffentlichen Arbeitgeber ein Angebot auf den Tisch gelegt. Ein Prozent in diesem und zwei Prozent im kommenden Jahr sollen nach Auffassung von Bun-

desinnenminister **Thomas de Maizière** ein faires Angebot sein. Dies sehen die Betroffenen allerdings völlig anders. Nachdem die Kassen der Gebietskörperschaften gut gefüllt sind und 2015 erhebliche Überschüsse erzielt werden konn-



BSBD-Chef **Peter Brock** sieht das Ergebnis der laufenden Verhandlungen für Bund und Kommunen als vorentscheidend für die im kommenden Jahr anstehenden Verhandlungen für die Bundesländer an.

ten, ist ein deutlich größerer „Schluck aus der Pulle“ möglich, um den Einkommensrückstand des öffentlichen Dienstes gegenüber der allgemeinen Einkommensentwicklung ein Stück weit abzubauen.

DBB-Verhandlungsführer **Willi Russ** zeigte sich deshalb auch überaus verärgert über die Hinhaltestrategie der Arbeitgeber: „Das vorgelegte Angebot ist nicht einigungsfähig, sondern völlig unzureichend. Den Arbeitgebern mangelt es offensichtlich an dem Willen, einen schnellen und fairen Abschluss zu vereinbaren.“ Nach Einschätzung des Gewerkschafters ist die Arbeitgeberseite davon überzeugt, dass die Kolleginnen und Kollegen angesichts der niedrigen Inflation an sich gar keine Einkommensverbesserung verlangen dürften.

In einigen strukturellen Fragen, etwa bei der Eingruppierung, konnten zwar Annäherungen erzielt werden, doch bei der unbefristeten Übernahme der Auszubildenden und der Erhöhung der Tarifgehälter verweigerten sich die Arbeitgeber. Die **DBB**-Verhandlungskommission hat daher entschieden, die bundesweiten Warnstreiks vor der dritten und entscheidenden Verhandlungsrunde weiter auszuweiten.

In Düsseldorf zeigte sich der **BSBD**-Chef **Peter Brock** enttäuscht über die Blockadehaltung der öffentlichen Arbeitgeber. „Die Kolleginnen und Kollegen erwarten mit jeder nur denkbaren Berechtigung Respekt und Wertschätzung für ihre Arbeit. Nachdem in den zurückliegenden zehn Jahren meist keine adäquaten Einkommensverbesserungen erzielt werden konnten, ist es an der Zeit, den Einkommensrückstand des öffentlichen Dienstes sukzessive abzubauen. Weil der laufenden Tarifrunde vorentscheidende Bedeutung für die Tarifrunde der Länder im kommenden Jahr beizumessen ist, werden wir die laufenden Tarifverhandlungen seitens des **BSBD** solidarisch und unterstützend begleiten.“

Heute schon gelacht?

Auf den Standpunkt kommt es an!

„Angeklagter, sind Sie eigentlich verheiratet?“ „Ja!“ „Mit wem?“ „Mit einer Frau!“ „Mein Gott, das ist ja wohl klar!“ „So klar ist das gar nicht. Meine Schwester ist zum Beispiel mit einem Mann verheiratet!“

Ursache und Wirkung

„Was hat Sie veranlasst, den Angeklagten freizusprechen?“, fauchte der Richter die Geschworenen an. „Schwachsinn, euer Ehren!“, antwortete ihr Sprecher. Der Richter entsetzt: „Was, sie alle acht???“

Kosten-Nutzen-Verhältnis

Richter: „Ich verurteile Sie hiermit zu 2.000 Euro Geldstrafe, weil Sie unseren Herrn Minister als einen ausgesprochenen Idioten beschimpft haben. Wollen Sie noch etwas hinzufügen?“ „Im Prinzip schon, aber dafür reicht mein Geld nicht mehr“, erwidert der Angeklagte.

Gewohnheit

Ein LKW-Fahrer kommt auf seiner Tour jeden Tag durch einen kleinen Ort und dort am Gericht vorbei. Sein Hobby ist es, jedes Mal einen der Anwälte, die vor dem Gericht rumlaufen, zu überfahren. Eines Tages steht vor dem Ort

ein Pfarrer und bittet, mitgenommen zu werden. Der LKW-Fahrer lässt ihn einsteigen und fährt in den Ort. Als er am Gericht vorbeikommt und die Anwälte vor dem Gericht rumlaufen sieht, will er wie immer einen Anwalt überfahren. Im letzten Moment besinnt er sich, dass ein Pfarrer neben ihm sitzt. Er kann gerade noch den Lenker herumreißen. Trotzdem hört man einen dumpfen Schlag. Im Rückspiegel sieht er einen Anwalt auf der Strasse liegen. Der Fahrer sagt zum Pfarrer: „Ich schwöre, ich bin an ihm vorbeigefahren!“ - „Macht nichts“, antwortet der Pfarrer, „ich habe ihn noch mit der Beifahrertüre erwischt.“

BSBD-Landesausschuss:

Zunehmend drängendere Probleme treiben die Gewerkschafter um

Leistungsfähigkeit der vollzughlichen Einrichtungen muss erhalten bleiben

In Hagen ist der BSBD-Landesausschuss zu seiner ordentlichen Frühjahrs-sitzung zusammengetreten, um die aktuellen Probleme des Vollzuges zu beraten und gewerkschaftliche Positionen zu diesen Fragestellungen zu entwickeln. Die Mandatsträger beschäftigte besonders der sprunghafte Anstieg der Belegung der nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen, der hohe Stand der Mehrarbeit und der ins Folgejahr übertragene Urlaub sowie der inakzeptable Umgang mit Übergriffen von Gefangenen auf Kolleginnen und Kollegen.

BSBD-Chef **Peter Brock** kritisierte, dass die Belegung der Einrichtungen des geschlossenen Erwachsenenvollzuges die Grenze der Vollaustattung, die regelmäßig mit 90 Prozent der verfügbaren Kontingente erreicht werde, vielfach bereits

in einem gebrauchsfähigen Zustand zu erhalten, um kurzfristig auf diese Kapazitäten zurückgreifen zu können. Dies sei deshalb von so enormer Bedeutung, weil u. a. durch Asbestbelastungen kurzfristige Ausfälle von Haftplatzkontingenten in

nalpolitik. Im nordrhein-westfälischen Vollzug fehlten einfach 650 Personalstellen im allgemeinen Vollzugs- und Werkdienst, die durch Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit kompensiert würden.

Das Gremium war sich einig, dass diese Überlastung der Kolleginnen und Kollegen zeitnah beendet werden müsse, zumal sich weitere Herausforderungen bereits abzeichneten, für deren Wahrnehmung nochmals 350 Personalstellen zu veranschlagen seien. Von der Politik sei nachdrücklich die Behebung dieses Missstandes zu verlangen. Als überaus kritikwürdig schätzten die **BSBD-Man-**



Die Fachschaftsvertreter des BSBD sprachen sich für die Einführung einer flächendeckenden Statistik über verbale und körperliche Übergriffe von Gefangenen aus, um die Dimension einer gefühlt negative Entwicklung mit konkretem Zahlenmaterial zu belegen oder zu widerlegen.

überschreite. Die Schließung von kleineren Einrichtungen und der Wechsel der Abschiebehaftanstalt Büren in den Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums habe zu einer spürbaren Reduzierung der Haftplätze geführt, was den Belegungsdruck deutlich verstärke. „Derzeit“, so der Gewerkschafter, „kann nicht einmal der gesetzliche Anspruch auf Einzelunterbringung durchgehend gewährleistet werden“.

Nachdem sich die Politik des Themas bemächtigt habe, erläuterte **Brock**, seien die Fakten in den Hintergrund geraten. Das Justizministerium habe sich in eine Verteidigungsposition zurückgezogen und behaupte steif und fest, es seien in ausreichendem Umfang Haftplätze vorhanden. „Mit einer solchen Haltung, die einen wesentlichen Bereich der Realität ausblendet, wird es schwer werden, die sich abzeichnende Entwicklung steigender Gefangenzahlen künftig dauerhaft zu beherrschen“, stellte **Peter Brock** fest.

Der Gewerkschafter forderte die Administration zudem auf, die soeben geschlossenen Einrichtungen

weiteren Vollzugseinrichtungen des Landes nicht ausgeschlossen werden könnten.

Die ansteigende Belegung, stellten die **BSBD-Mandatsträger** fest, korrespondiere mit steigender Mehrarbeit und nicht abgewickelmtem Erholungsurlaub. Dieses seit Jahren zu beobachtenden Phänomen sei Ausfluss einer überaus restriktiven Perso-

datsträger den derzeitigen Umgang mit Übergriffen von Gefangenen ein. Hier müsse der Staat verstärkt mit den Mitteln des Strafrechts reagieren und zunächst einmal statistisch erfassen, in welchem Umfang sich körperliche und verbale Übergriffe mit strafrechtlicher Relevanz tatsächlich in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen ereigneten.

Hieran, so der Landesausschuss, könne dann abgelesen werden, ob der derzeitige Personaleinsatz angesichts einer sich unter negativen Vorzeichen verändernden Gefangenenpopulation noch realistisch sei oder ob auch hier nachgebessert werden müsse.

In dieser Hinsicht dürfe „der Kopf nicht einfach in den Sand gesteckt werden“, wie dies so oft im Vollzug geschehe, wenn die Politik mit einer unerwünschten Entwicklung gar nicht erst konfrontiert werden wolle. Eine Besserung sei immer erst möglich, wenn der Ist-Zustand schonungslos analysiert und zur Kenntnis genommen worden sei. Deshalb ist vom Justizministerium zu verlangen, dass künftig Statistiken flächendeckend über jede Form von körperlichen und verbalen Übergriffen geführt werden.

Friedhelm Sanker



Peter Brock (li.) erläuterte den **BSBD-Mandatsträgern** die aktuellen Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit. Weiter im Bild: **Horst Butschinek**, stellvertretender **BSBD-Landesvorsitzender**.

Personalratswahlen 2016

Solidarität ist das Geheimnis des Erfolges!

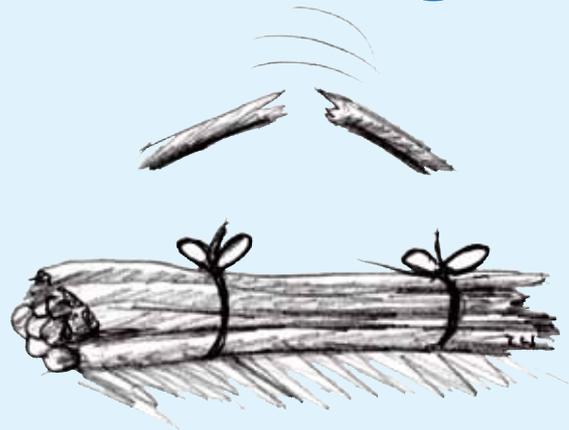
Die auf den 9. Juni 2016 terminierten Personalratswahlen finden zu einer sehr ungünstigen Zeit statt. Die Risiken scheinen derzeit für den öffentlichen Dienst größer zu sein als die Chancen. Die Flüchtlingskrise erfordert einen hohen personellen und finanziellen Aufwand. Die laufenden Tarifverhandlungen für den Bund und die Kommunen deuten darauf hin, dass speziell den Kolleginnen und Kollegen weitere Opfer abverlangt werden sollen. Dabei haben wir im letzten Jahrzehnt Konsumverzicht geleistet, während es andernorts in Europa kräftige Lohnzuwächse bis zu 30 Prozent gegeben hat. Dies stellt die gewerkschaftliche Arbeit des BSBD und seiner Vertreter in den Mitbestimmungsgremien vor große Herausforderungen.

Bislang hat der Strafvollzug die Sparwut der Politik etwas glimpflicher überstanden als andere Bereiche des öffentlichen Dienstes. Im Strafvollzug konnten jene Einkommensverluste, die alle öffentlich Beschäftigten betrafen, zumindest teilweise durch strukturelle Verbesserungen für den allgemeinen Vollzugs- und Werkdienst und durch geringe Personalzuwächse kompensiert werden. Hierauf ist der **BSBD** zurecht sehr stolz, weil hiermit der Nachweis gelungen ist, dass sachgerechte, unaufgeregte Interessenvertretung auch in Zeiten, in denen scheinbar nichts als der Mangel zu verteilen ist, effizient und erfolgreich gestaltet werden kann.

Zu einer eigenständigen Interessenwahrnehmung gibt es keine vernünftige Alternative

In dieser Hinsicht hat der Umstand, dass die Kolleginnen und Kollegen des Strafvollzuges innerhalb des öffentlichen Dienstes eine Berufsgruppenminderheit repräsentieren, positive Wirkungen entfaltet. Punktuelle Verbesserungen der Einkommensverhältnisse überstrapazieren die finanzielle Leistungskraft des Landes nicht. Einsparmaßnahmen allein im Strafvollzug können dagegen kaum einen nachhaltigen Konsolidierungsbeitrag für die Haushaltslage des Landes bewirken. Diese relativ günstigen Rahmenbedingungen gilt es dafür zu nutzen, den Strafvollzug und die Kolleginnen und Kollegen künftig finanziell so zu stellen, wie der gesetzliche Auftrag und die erbrachten Leistungen es erfordern.

Eine solche Entwicklung ergibt sich allerdings nicht von allein, sie muss initiiert, eingeleitet, unterstützt und vorangetrieben werden durch eine starke, durchsetzungsfähige Interessenvertretung. Deshalb kommt es bei den Personalratswahlen am **9. Juni 2016** darauf an, dass die Kolleginnen und Kollegen die Kandidatinnen und Kandidaten des **BSBD** unterstützen, um sie mit einem über-



zeugenden Votum der Betroffenen auszustatten. Nur so werden wir die bereits absehbaren Herausforderungen der Zukunft erfolgreich bestehen können.

Um unsere Chancen im Kampf mit der Politik realistisch einschätzen zu können, sollten wir uns an die Geschichte erinnern, wie ein alter Mann in einem Hollywood-Klassiker die Bedeutung des familiären Zusammenhaltes erklärt: „Ich habe meinen Kindern, als sie noch klein waren, einen dünnen Zweig gegeben und sie aufgefordert, ihn durchzubrechen. Natürlich ging das ganz einfach. Dann habe ich mehrere dünne Zweige mit einem

Bindfaden umwickelt und meine Kinder gebeten, sie ebenfalls durchzubrechen. Sie schafften es nicht.“

Diese Geschichte transportiert eine sehr einfache, fundamentale Wahrheit: Als Einzelne stehen wir auf verlorenem Posten, gemeinsam können wir vieles erreichen. Die Stimme des Einzelnen ist der Bindfaden, der uns zusammenhält und uns jene Kraft verleiht, die kein Einzelner von uns aufzubringen vermag.

Nur eine eigenständige Interessenvertretung, wie sie der **BSBD** für den Strafvollzug darstellt, ist in der Lage, die Interessen von Berufsgruppenminderheiten wirksam zu vertreten. In Großorganisationen fallen deren Belange regelmäßig durch den Rost der real existierenden Mehrheitsverhältnisse. Aus dieser Logik folgt, dass große Organisationen für den Strafvollzug keine oder nur geringe Wirksamkeit entfalten können.

Verschenken wir deshalb nicht unser stärkstes „Kampfmittel“, beteiligen wir uns alle gemeinsam an den Personalratswahlen. Machen wir die Wahlen am 9. Juni 2016 zu einem überzeugenden Votum für unsere Interessen und den BSBD.



Bei den Personalratswahlen 2016 am 9. Juni 2016 kommt es auf jede Stimme an.

Foto: Peter Atkins/Fotolia.de



Andrea Krehl (Beschäftigtengruppe) und Peter Brock (Beamtengruppe) kandidieren an der Spitze der BSBD-Listen für die Wahlen zum Hauptpersonalrat Justizvollzug beim Justizministerium NRW.



Vorstand mit BSB-D-Landeschef. Von links: Stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer Oliver Buschmann, stellvertretender Vorsitzender Carsten Schreier, Kassierer Torsten Beermann, Jugendvertreter Tim Brechmann, Fachschaftsvertreter AVD Bernhard Grimmert, Jugendvertreter Marco Paul, Vorsitzender Ulrich Biermann, Fachschaftsvertreterin AVD Scarlet Drewel und Landesvorsitzender Peter Brock.

BSBD-Ortsverband Bielefeld-Oberems:

Gewerkschafter fanden deutliche Worte der Kritik

Vorstandspositionen neu besetzt

Die diesjährige Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Bielefeld-Oberems fand am 15.03.2016 im Gasthof „Gröppel“ in Bielefeld-Ummeln statt. Der Vorsitzende des Ortsverbandes, Ulrich Biermann, eröffnete die Sitzung und begrüßte die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen. Ein besonderer Gruß galt dabei dem Ehrenvorsitzenden Wilhelm Bokermann sowie dem stellvertretenden Leiter der JVA Bielefeld-Senne Rolf Bahle, dem ehemaligen stellvertretenden Leiter der JVA Bielefeld-Senne und aktuell stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BSB-D Friedhelm Sanker sowie dem Landesvorsitzenden Peter Brock. Die Versammlung gedachte im Anschluss der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder.

Kollege **Ulrich Biermann** ging in seinem Geschäftsbericht auf die Veranstaltungen im letzten Jahr ein und gab eine Vorschau auf die Termine des laufenden Jahres. In seinem Rückblick auf die gewerkschaftliche Sacharbeit des zurückliegenden Jahres konnte er durchaus zahlreiche positive Entwicklungen aufzeigen.

Voraussetzung für eine wirkungsvolle Interessenvertretung sei allerdings, dass die Strafvollzugsbediensteten ein Bewusstsein dafür entwickelten, dass nur der kollektive Zusammenhalt dafür Sorge, spezifische Anliegen und Interessen durchsetzen zu können. „Überall wo dieses Bewusstsein schwindet oder vollständig auf der Strecke bleibt, sieht es mit den Arbeitnehmerinteressen ziemlich mau aus“, betonte **Biermann**. Da müsse man sich nur die Organisationsgrade der europäischen Gewerkschaften anschauen, dann werde das damit korrespondierende Einkommensgefälle auf den ersten Blick deutlich.

In Skandinavien sei die Gewerkschaftsbewegung stark, deshalb würden hier auch die höchsten Löhne und Gehälter erzielt. „Hieran müssen wir uns ausrichten und orientieren“, forderte **Biermann**

dazu auf, nicht in dem Bemühen nachzulassen, möglichst alle Kolleginnen und Kollegen für ein Engagement im BSB-D zu gewinnen.

Erfreut zeigte sich der Vorsitzende über die Wirkung von Fahrten und Seminarveranstaltungen, die der Ortsverband organisiert habe. „Die Rückmeldungen sind überaus positiv. Diesen Veranstaltungen kann nach den bisherigen Erfahrungen eine Bindegliedfunktion zugesprochen werden, die für den Zusammenhalt der dezentralen Organisationseinheiten der JVA Bielefeld-Senne von großer Bedeutung sind“, zog der Gewerkschafter ein positives Fazit.

Nach dem Kassenbericht, den Bericht der Kassenprüfer und der Entlastung des Ortsverbandsvorstandes bedankte sich **Ulrich Biermann** bei der gesamten Vorstandsriege, die ihre Arbeit engagiert und kompetent wahrgenommen habe. „Ohne Euch hätten wir die Gewerkschaftsarbeit vor Ort nicht so erfolgreich gestalten können“, bedankte sich **Biermann** bei seinen Kolleginnen und Kollegen.

Mit 444 Mitgliedern ist der Ortsverband Bielefeld-Senne zwischenzeitlich die größte BSB-D-Intergliederung lan-

desweit. Die Pensionärsbetreuung bildet einen Schwerpunkt der Arbeit vor Ort. **Antonius Beermann** informierte über die aktuelle Lage und die Veranstaltungen die für die Pensionäre des BSB-D vorbereitet würden. Besonders die positive Resonanz der Betroffenen, so **Beermann**, sei ein großer Ansporn, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen, die Arbeit des Vorstandes zu unterstützen, aber auch den zwischenmenschlichen Zusammenhalt und Kontakt zu fördern und zu intensivieren. **Antonius Beermann**: „Es ist immer wieder ein Erlebnis, mit den einstigen Kolleginnen und Kollegen die Geschehnisse langer Berufstätigkeit im Strafvollzug diskutieren zu können.“

Bernhard Grimmert stellte sein Amt als stellvertretender Vorsitzender im Ortsverband aus persönlichen Gründen zur Verfügung. Er bedankte sich bei der Versammlung für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärte, etwas kürzer treten zu wollen. Bei der anschließenden Nachwahl setzte sich **Oliver Buschmann** durch. In die Funktionen der Fachschaftsvertreter für die Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes wurden **Bernhard Grimmert** und **Scarlet**

Drewel gewählt. Mit großem Interesse folgten die Versammlungsteilnehmer anschließend den Ausführungen des Landesvorsitzenden **Peter Brock**, der mit Kritik am gegenwärtigen Umgang der Landesregierung mit dem Strafvollzug nicht sparte. Eine besondere Belastung sei der derzeit hohe Belegungsdruck, der auf den Vollzugseinrichtungen des Landes laste. Schon lange sei es nicht mehr möglich, die gesetzlich festgeschriebene Einzelunterbringung zu gewährleisten. Im geschlossenen Erwachsenenvollzug stünden für 11.959 Gefangene lediglich 10.128 Hafträume zu Verfügung.

Durch die Ende letzten Jahres geschlossenen Einrichtungen in Krefeld und Mönchengladbach, so **Brock**, sei die Lage ohne Not verschärft worden. Jetzt, wo Gesundheitsgefahren in Geldern und Wuppertal-Vohwinkel durch Asbestbelastungen offenbar geworden seien, befinde man sich faktisch in einem Belegungsdilemma. Und jetzt werde der Vollzug mit einer nach den Silvesterereignissen von Köln deutlich veränderten Spruchpraxis der Gerichte konfrontiert, die zumindest mittelfristig für weiter steigende Gefangenzahlen sorgen werde.

Mit diesen objektiven Belastungen halte allerdings die Personalausstattung der Vollzugseinrichtungen nicht Schritt. Im Düsseldorfer Ministerium sei man offensichtlich der Auffassung, dass Überstunden und die in das Folgejahr übertra-



Nur um die Überstunden zu senken werden in einigen Einrichtung Risiken in Kauf genommen und durch Krankheit vakante Dienstposten nicht nachbesetzt.

Foto: Marek Brandt/Fotolia.de

genen Anteile von Erholungsurlaub nicht ein Zeichen für fehlendes Personal sei. Im Gegenteil werde vermutet, dass die Einrichtungen beim Personaleinsatz zu großzügig verfahren. Wegen dieser Einschätzung werde sanfter Druck auf die Einrichtungen ausgeübt, um die Überstundenstände nachhaltig zu senken.

Welche Stilblüten ein solches Vorgehen erzeugt, belegte der Gewerkschafter anhand von Beispielen. In einer Einrichtung würden im Falle von Krankmeldungen vakante Dienstposten nicht nachbesetzt, um so Stunden zu sparen. Ein solches Verhalten führt zwangsläufig zu Sicherheitsrisiken, die aus Sicht des **BSBD** unvermeidbar sind. Entweder es wird zu viel Personal eingesetzt, dann kann der betreffende Dienstposten gestrichen werden, oder das Personal wird aus

Behandlungs- oder Sicherheitsgründen benötigt, und dann hat zwingend eine Nachbesetzung zu erfolgen, wenn ein krankheitsbedingter Ausfall zu beklagen ist. „Alles andere ist Schönfärberei der Zahlen auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen.“

Hier sollte das Ministerium einfach einmal einsehen, dass sich das Land NRW beim Personaleinsatz im Strafvollzug am unteren Ende aller Flächenländer bewegt. Und dann noch die Kolleginnen und Kollegen für hohe Überstundenstände in die Verantwortung zu nehmen, das ist einfach unanständig. Ich kenne keinen Strafvollzugsbediensteten, der sich selbstständig und aus eigener Veranlassung zum Dienst eingeteilt hätte“, rief **Peter Brock** unter dem Beifall der Versammlung aus.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Aufstellung der **BSBD**-Listen für Personalratswahlen am 9. Juni 2016. Vorsitzender **Ulrich Biermann** erläuterte, dass man auf der Grundlage einer Umfrage und angesichts der dezentralen Struktur der Anstalt im Vorstand einen Vorschlag erarbeitet habe, um alle Organisationseinheiten und Berufsgruppen angemessen zu berücksichtigen. Nach eingehender Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten wurden die Listen mit großer Einmütigkeit aufgestellt.

Die sehr harmonische und informative Veranstaltung endete mit dem Austausch beruflicher und zwischenmenschlicher Erfahrungen.



BSBD-Chef Peter Brock begrüßt die Entscheidung des Justizministers, die erst kürzlich geschlossenen Vollzugseinrichtungen in Krefeld und Mönchengladbach zu reaktivieren.

Belegung der nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen:

Eine unendliche Geschichte

Justizministerium plant Reaktivierung geschlossener Einrichtungen

Seit fast einem Jahr warnt der **BSBD** vor gravierenden Belegungsengpässen in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen des geschlossenen Erwachsenenvollzuges. Nicht nur, dass die gesetzlich verbrieft Einzelunterbringung nicht mehr gewährleistet werden kann, auch die Differenzierung der Gefangenen nach Sicherheits- und Behandlungsgesichtspunkten leidet, was zwangsläufig zu einer Beeinträchtigung der üblichen Qualitätsstandards führen muss. Seitens des Ministeriums sind diese Warnungen lange Zeit ignoriert worden, weil sie einfach nicht in die eigene Konzeption passen wollten. Schließlich stand man dem Finanzminister im Wort, das ursprünglich für die Umsetzung des neuen Strafvollzugsgesetzes vorgesehene Personal durch Schließung kleinerer Einrichtungen aus dem Bestand erwirtschaften zu müssen.

Es ist schon erstaunlich, wie lange und wie hartnäckig Tatsachen verdrängt oder nicht zur Kenntnis genommen werden, um ein anvisiertes Ziel nicht zu gefährden oder gänzlich aus den Augen zu verlieren. Monatelang hatte das Düsseldorfer Justizministerium daran festgehalten, der Vollzug könne mittelfristig von einer Demografie-Rendite profitieren. Dies führte dazu, dass Ende letzten Jahres die

Vollzugseinrichtungen in Krefeld und Mönchengladbach geschlossen und das Personal auf benachbarte Einrichtungen verteilt wurde.

Ende letzten Jahres sah es scheinbar noch ganz gut aus. Wegen der Weihnachtsamnestie leerten sich die Vollzugseinrichtungen etwas. Doch bereits an den ersten Januartagen war absehbar, dass die Belegung dramatisch ansteigen

würde. Der Zustrom von Migranten – unter ihnen auch viele Kleinkriminelle aus nordafrikanischen Ländern – und die Ereignisse an Silvester in Köln führten dazu, dass speziell der Bereich der Untersuchungshaft schnell an seine Belastungsgrenze stieß. Nachdem das Justizministerium noch bis in den März 2016 hinein die Auffassung vertrat, die hohe Belegung der ersten Monate des Jahres werde in die aus den Vorjahren bekannte Belegungsdelle des Frühjahres einmünden, scheint jetzt ein Sinneswandel eingetreten zu sein.

Die Zahlen sind augenscheinlich zu dramatisch, als dass sie noch ignoriert werden könnten. Zudem haben sich die

len Handwerker anrücken, um die Funktionsfähigkeit wiederherzustellen. Seitens des Ministeriums wird betont, dass man sich eine Haftplatzreserve aufbauen wolle, um auf Belegungsspitzen reagieren und um Sanierungsprojekte schneller realisieren zu können.

Die beiden Einrichtungen in Krefeld und Mönchengladbach sind zu Beginn des 20. Jahrhunderts bzw. Ende des 19. Jahrhunderts entstanden und in Betrieb genommen worden. Beide Häuser stehen unter Denkmalschutz und bedürfen der technischen Aufrüstung, um wieder genutzt werden zu können.

Dem Vernehmen nach haben bereits Baubegleitungen stattgefunden. Speziell

des Vollzuges einfach zu kurz ist. Jetzt könnte man meinen, man könne die bis Ende letzten Jahres in Mönchengladbach und Krefeld tätigen Bediensteten einfach zurückbeordern. Doch so einfach wird es nicht werden. Einerseits werden die Kolleginnen und Kollegen in ihren neuen Einsatzbereichen dringend benötigt, andererseits weiß niemand, für welchen Zeitraum die Einrichtungen in Krefeld und Mönchengladbach ihre Pforten wieder öffnen sollen.

Die Oppositionsparteien halten die jetzt gefundene Regelungsalternative zudem für nicht ausreichend, um den steigenden Haftplatzbedarf in NRW für einen längeren Zeitraum zu befriedigen. Aus Kreisen der CDU verlautete, dass mit der Reaktivierung der Einrichtungen in Mönchengladbach und Krefeld ein offensichtlicher Fehler durch die Landesregierung korrigiert werde. Dies reiche aber immer noch nicht aus, um den Anspruch von Häftlingen auf eine Einzelzelle flächendeckend garantieren zu können. Insoweit müsse die Landesregierung nochmals nachlegen und zusätzliche Kapazitäten schaffen.

In Düsseldorf zeigte sich der **BSBD**-Chef **Peter Brock** erfreut, dass die monatlichen Warnungen des **BSBD** endlich durch das Ministerium aufgegriffen würden. „Bei den Diskussionen um die Belegung der nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen geht es dem **BSBD** nicht darum, letztlich Recht zu behalten. Es geht uns vielmehr darum, die Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen so zu reduzieren, dass die Grenze der Belastbarkeit nicht überschritten wird“, stellte der Gewerkschafter klar. Nach Ansicht von **Brock** bietet die Reaktivierung kleiner Vollzugseinrichtungen den sachgerechten Anlass, um beim Finanzminister die erforderlichen Mittel für die personelle Ausstattung dieser Einrichtungen loszueisen. Immerhin hat Finanzminister **Dr. Walter-Borjans** im Rahmen der Beratungen des Nachtragshaushaltes 2016 bereits angekündigt, dass mit dem Nachtragshaushalt noch nicht alle Finanzierungsbedarfe abgearbeitet seien. Jetzt sei es an der Zeit, so **Brock**, dass der Justizminister seinen Einfluss im Kabinett geltend mache, um für eine aufgabenangemessene Personalausstattung in den zur Reaktivierung anstehenden Einrichtungen zu sorgen.



BSBD-Karikatur Thomas Möbis

Oppositionsfraktionen von **CDU** und **FDP** des Themas angenommen, so dass die Landesregierung befürchten muss, Getriebene einer durch sie kaum beeinflussbaren Entwicklung zu werden.

Konsequenterweise hat man sich der Auffassung des **BSBD** angeschlossen und den Rückwärtsgang eingelegt. So war am 12. April 2016 in der Ausgabe der „**Rheinische Post**“ zu lesen, dass die Vollzugseinrichtungen in Krefeld und Mönchengladbach kurzfristig reaktiviert werden sollen.

Noch sind die beiden Einrichtungen verwaist, die Türen stehen offen und kein Geräusch stört gegenwärtig die Stille in den Einrichtungen. Doch schon bald sol-

in Mönchengladbach soll eine umfangreiche Kameraüberwachung installiert werden, um einen sicherheitstechnischen Mindeststandard zu gewährleisten. Zudem müssen alle Hafträume neu möbliert werden, aber das sollte eines der geringeren Probleme sein.

Schwieriger dürfte es werden, das erforderliche Personal für die Inbetriebnahme der beiden Vollzugseinrichtungen zu rekrutieren. Immerhin ist die Schließung seinerzeit auch damit begründet worden, mit den freiwerdenden Stellen Personallücken in anderen Bereichen schließen zu wollen. Mit der neuerlichen Inbetriebnahme der beiden Häuser wird aber offenbar, dass die Personaldecke

Besuchen
Sie uns
im Internet



www.bsbd-nrw.de